

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Zeugpreis monatlich (bei Haus 2,50 M., halbm. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,50 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 693, Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-N., Osterbahnstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 10-18 Uhr, Sonnabend 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Osterbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Montag den 10. September 1928

Nummer 212

Bannerkreuzerfront in Berlin

Stahlhelmgarden und Polizei provozieren / Arbeiter werden verhaftet, Stahlhelmer freigelassen

Polizei schießt in die fliehende Menge

Berlin, 10. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Zum Stahlhelmtreffen des Landesverbandes Groß-Berlin hatte sich in Oberschöneweide ein Häuflein von 300 Mann eingestellt. In Niederschöneweide bereits wurden die Stahlhelmer von den Arbeitern des Industriebezirks Obersee mit kühnen Hürden empfangen. Eine große Menschenmenge begleitete den deprimierten Zug des Stahlhelms mit kühnen Hürden. Die Polizei ergriff in provozierender Weise für den Stahlhelm Partei und ging gegen die Arbeiter vor. Grundlos jagte sie Passanten und Sonntagsausflügler von den Straßen und schlug die, die nicht schnell genug wegkamen, rücksichtslos zu Boden. Ein jugendlicher Arbeiter wurde blutig geschlagen und zum Polizeikommando geschleift. Die Polizei schob in die fliehende Menge, glücklicherweise ohne jemand zu treffen. Es bedurfte langen Drängens der Verwandten, ehe auf der Wache ein Arzt zu dem Schwerverletzten geholt wurde. Dem Reichstagsabgeordneten Hein wurde der Zutritt zur Wache verweigert. Auf der Wache in Niederschöneweide wurde die Befragung der Namen der Verhafteten verweigert und jede Erklärung über den Grund der Verhaftung schroff abgelehnt. Die verhafteten Stahlhelmer wurden von der Wache Oberschöneweide sofort wieder freigelassen, während 15 Arbeiter nach der Abteilung in transportiert wurden.

Das Festlokal des Stahlhelms war in weitem Umfang von jeglichem Verkehr abgetrennt worden. Die Arbeiter des Industriebezirks Obersee bewiesen durch geschlossenes Auftreten, daß in Ober- und Niederschöneweide kein Platz für die Arbeitermörder vom Stahlhelm ist. Von den Breiterjungen und Dählern der Verkehrsvereine „grüßen“ die Stahlhelmer Inschriften: „Nieder die Arbeitermörder!“ — „Rot Front!“ und so weiter.

Der provokatorische Aufmarsch der schwarzweissen Gardien in den Arbeiterbezirken Berlins ist eine bewusste nationalitistische Provokation der werktätigen Massen, eine wohlberedete Gegenaktion der nationalitistischen Soldnertruppe gegen die Volkswirtschaftsbewegung, die besonders in den Arbeitermassen Berlins große Begeisterung ausgelöst hat. Die Berliner Polizei des Sozialdemokraten Förgel hat dem Aufmarsch dieser Faschistenverbände großzügigen Schutz angedeihen. Sie ist, genau wie bei früheren Anlässen, mit einer Rücksichtslosigkeit ohnegleichen gegen die Arbeiter vorgegangen. Daß bei den getriggerten Schüssen nicht Arbeiter ihr Leben eingebüßt haben, ist gewiß nicht das Verdienst des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, dessen Offiziere bekannt dafür sind, daß sie in den Gummiknüppel und den Karabiner gegen die Arbeiter bei den geringsten Anlässen in Tätigkeit setzen. Die Arbeiterbezirke, in denen gestern die Hilfstruppe der Bourgeoisie für die Bannerkreuzerpolitik des neudeutschen Imperialismus zu demonstrieren versuchte, haben der Selbst-

Garde einen „würdigen“ Empfang bereitet. Die Arbeitermassen Berlins stehen auf dem Posten. Sie werden bei der Organisation des Volkswirtschafts den nationalitistischen Provokateuren und den sozialdemokratischen Helfershelfern die Antwort geben.

Bezeichnend aber ist, daß die nationalitistischen Provokateure mit der wüsten Hege der gesamten bürgerlichen Presselemente gegen den Roten Frontkämpferbund zusammenfallen. Selbstverständlich wird man auch jetzt wieder versuchen, die Vorkommnisse bei der Berliner Stahlhelmparade, die sich, was ihre Beteiligung betrifft, als eine ungeheure Pleite erwiesen hat, den Arbeitern in die Schuhe zu schieben. Das Zusammenarbeiten der Polizei zur Gabelung mit den Stahlhelmmännern gegen die Arbeiterbevölkerung in Berlin ist nur ein kleiner Auftakt für den gemeinsamen Kampf der Bannerkreuzerfront, von den sozialdemokratischen Führern bis zu den Faschistenformationen der nationalitistischen Bourgeoisie, gegen die werktätigen Massen.

Ein Stahlhelmwaffenlager entdeckt

Dresden, 10. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Pögnitzer Volkszeitung bringt einen Bericht, wonach in der Wohnung des Stahlhelmläufers Richard Scheibner in Pögnitz eine große Menge Waffen und Munition ge-

lunden wurde, darunter Maschinengewehre und Schüssler dazu und viele hundert Stück Munition, außerdem eine große Menge Seitengewehre der ehemaligen Pögnitzer Bürgerwehr usw. Die gefundenen Waffen würden für die Ausrüstung von mindestens 50 Stahlhelmern ausreichen sein. Sie wurden auf einem Wagen fortgeschafft. Scheibner gehört dem Rechtsklub der Stadtverordneten an.

Broddorff-Rankau gestorben

Der deutsche Botschafter Graf von Broddorff-Rankau ist am vergangenen Sonnabend in Berlin, in der Wohnung seines Bruders plötzlich an einem Schlaganfall verstorben. Seit 1922 war Broddorff-Rankau ununterbrochen Botschafter in Moskau. Im allgemeinen führte er dort die Geschäfte so, um Spannungen, soweit sie sich nicht aus der nach dem westlichen Anschlag freibewegten Politik der deutschen Kapitalisten ergaben, zu vermeiden. Soweit sie bekannt, wirkte er allzu starken Spannungsmomenten entgegen.

Graf von Broddorff-Rankau hat eine lange und wechselvolle Laufbahn im Dienste der deutschen herrschenden Klasse hinter sich. Er wurde am 20. Mai 1860 in Schleswig geboren. Bis 1894 war er aktiver Offizier. Dann trat er in den diplomatischen Dienst über. Von 1909 bis 1912 war er Generalkonsul in Budapest, von 1912 bis 1918 Konsul in Kopenhagen. 1918 wurde er Staatssekretär im Auswärtigen Amt, dann bis 1919 Reichsminister. Er war Leiter der Friedensdelegation nach Versailles. 1922 übernahm er dann den Botschafterposten in Moskau.

Der Schrei nach dem Verbot

Wüste Hege gegen den KZB — Zufriedenheit mit Hamburg

R.R. Der gewesene Reichsinnenminister von Reudell hatte schon den ersten Versuch unternommen, ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes herbeizuführen. Unter dem Massenprotest der Arbeiter brach dieser Anschlag auf die rote Front zusammen. Jetzt hat die Sozialdemokratie in die Regierung eingezogen. Sie haben ihre absolute Zuverlässigkeit für die Kapitalisten schon dadurch bewiesen, daß sie den Bannerkreuzer bewilligten. Die Imperialisten verlangen jetzt, daß sie ihre volle Zuverlässigkeit beweisen, daß sie die Aufgabe erfüllen, die Reudell nicht erfüllen konnte, das Verbot der roten Front durchzuführen. Schon seit Wochen brüllen insbesondere die lächlichen Kapitalisten über Gewalttätigkeiten der roten Front. Im Landtag und Rathhaus brachten die Volksparteier Anträge ein, die Material für einen neuen Einmarsch der bewaffneten Reaktion in Sachsen erbringen sollten. Im Rathhaus haben sich die völksparteilichen Antragsteller eine Niederlage geholt. Selbst der Polizeibericht mußte erklären, daß es mit den militärischen Maßnahmen, mit der Bewaffnung des KZB nicht so sei, wie die Auftraggeber glauben machen wollen. „In besonderen Beurlaub-

ungen sei kein Grund vorhanden“, verkündet der Bericht des Rates.

Diese Überlegenheit für die reaktionären Verbotspläne veranlaßt die Dresdner Nachrichten, am Sonntag in einem Artikel dem Spießer besonders greulich zu machen. „Wird geht durchs Land!“ verkündet der reaktionäre Feindschinder in der Ueberrückheit. Dann erzählt er eine Menge Unnennlichkeiten, die aber sehr wohl, den positiven Beweis für seine Hegeüberlegenheit für keinen Beharrtels zu bringen. Der Zwischenfall vom 14. August in Dresden wird noch einmal besonders aufgeschlüsselt, obgleich feststeht, daß es sich bei diesem Zwischenfall um das offensichtliche Werk von Provokateuren handelt. Besondere Hege wird entfaltet gegen das Lager Worschkow auf den Dittendorfer Höhen. Hier werde Bürgerkrieg geübt, Streikentwurf, Schlägen. Die Besetzung öffentlicher Gebäude und Fabriken. Ja, noch schlimmeres: in den Straßen der Stadt werde öffentlich Alarm geblasen. Jawohl, Alarm wurde geblasen, als die Anlässe des Lagers alarmiert wurden, um bei der Bekämpfung eines ausgebrochenen Feuers tätig zu sein.

Trotz diese ganze Hege wird aufgezogen, um gerade Sachsen als besonders bedroht hinzustellen. Man will einen neuen Oktober 1923, neue Reichswehraufmärsche. Man erinnert sich, daß es 1923 sozialdemokratische Minister waren, die die Reichswehr nach Sachsen schickten, heute nun sollen sozialdemokratische Minister daselbst sein. Man glaubt sich schon näher am Ziel. Die sozialdemokratischen Führer sollen die Massen loslösen von dem revolutionären Teil des Proletariats, dann will man dieses niederdrücken. Der Bannerkreuzerbau, die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister hierzu war die erste Probe aufs Exempel. Die von den Sozialdemokraten durchgeführte Abkündigung der Feuerzählung, der dabei vollführte beispiellose Betrug der Massen, die hiermit verbundene Kommunistenhege sollen die Plattform zu dem weiteren Vorkost der Reaktion werden. Sachsen soll wieder das Experimentsland sein. Man habe in Sachsen die „Schrecken roter Wutheherrschaft“ genug gespürt. Die sächsischen Arbeiter haben von der „roten Schreckensherrschaft“ nichts gespürt, sie haben aber die weiße Schreckensherrschaft zu süßen bekommen.

Die Dresdner Nachrichten schreiben nach der Anwendung des Republikverbotgesetzes gegen die rote Front, Generalung soll eingreifen. Das Republikverbotgesetz, so wurde den Arbeitern gesagt, ist gegen die Reaktion geschaffen. Angewendet wird es aber nur gegen die revolutionären Arbeiter. Die Nachrichten schreiben gleichzeitig, wenn der Minister das Gesetz nicht anwende, gehöre er vor den Staatsgerichtshof. Bürgerrecht durch Lüge und Verleumdung soll den Boden zu einem Verbot der roten Front schaffen. Die Deutschnationalen schämen die SPD-Minister richtig ein, sie wollen ihnen ihre Aufgaben zu. Bisher haben diese sozialdemokratischen Minister

„Das war eine deutsche Rede“

Die Presse der Rechten begrüßt Müllers Aufrüstungsrede

Die deutsche Imperialistenpresse hat den Sinn der Genfer Rede des Bannerkreuzer, „sozialistischer“ Herrmann Müller sehr gut begriffen. Sie weiß, was er meint, wenn er „allgemeine Aufrüstung“ fordert und dabei auf das „einseitig abgerüstete“ Deutschland hinweist. Daher ist sie auch des Lobes voll — ja, läßt sich durch ihre Begeisterung dazu hintreiben, Herrmann Müllers Eifer in der „Wahrung der deutschen Belange“ Stresemann zur Hochachtung zu empfehlen.

So schreibt Jugenbergs Lokalanzeiger gerührt: „Müller will den „grundlegenden Standpunkt“ Deutschlands darlegen. Das ist mehr als Stresemann in Genf jemals gemacht oder gemacht hat, und mehr als der Mehrheit der parlamentarischen Mitglieder der Delegation und einem Teil der Amtsbureaucratie genehm ist ...

Für die satten Ohren der Genfer Delegierten hat der deutsche Reichsminister viel mehr gesagt, als man hier gewohnt ist. Er hat rücksichtslos das Schicksal der Abdrückung festgehalten. Das wird ihm nicht vergessen werden.“

Die D.Z. ist ganz hingerissen von dem „starken“ Ton, den der Bannerkreuzerkanzler angeschlagen hat:

Reichsminister Müller hat, das muß auch der parteipolitische Gegner zugeden, heute nachmittag im Genfer Plenum eine ausgezeichnete und-deutsche Rede gehalten. Er ist ein gewandter und sicherer Sprecher.

Aber eine „Schlappe Pazifistenrede“ wurde bei Gott nicht gehalten, und wir räumen durchaus ein, daß nicht ein Parteimann, sondern der Vertreter Deutschlands sprach. Ob die Rede in der eigenen Partei überall gefallen wird, ist eine ganz andere Frage.“

Ganz aus dem Häuschen vor Begeisterung geraten die deutschnationalen Blätter Kreuzzeitung und Deutsche Tageszeitung, deren gemeinsamer Berichtstatter aus Genf frohlockend mittelt:

„Das Wort „Aufrüstung“ fällt. Die Versammlung horcht auf. Jetzt wird die Rede sehr deutlich. Einige Formulierungen sind ebenso klar wie zwingend. Scharf ist die Gegenüberstellung der Thesen des norwegischen Sozialisten mit denen des Belgiers Homans, von dessen „Aufrüstungsheute“ der deutsche Redner energisch abtrübt. Hier das entmenschte Deutschland, drüben neue Kämpfungen. Wolliges Fiasco der vorbereiteten Aufrüstungspläne, das sind Worte, die man im Völkerbund aus deutschem Munde noch nie so unvorstellbar gehört hat.“

Das war der Höhepunkt, soweit gelangte die Rede ein erstrebliches Festhalten gegenüber den Einflüsterungen flüchtiger Reisetretter und dem Druck von außen.“

Das war eine deutsche Rede, aber eben auch nur eine Rede. Viel wichtiger ist das deutsche Handeln.“

So steht die deutschnationale Presse durch den Hinweis auf das „deutsche Handeln“ gleich die praktische Konsequenz aus der von Herrmann Müller in Genf proklamierten Aufrüstung Deutschlands, indem sie die Bedeutung des Bannerkreuzerkurfes hervorhebt.